Stand: 16.12.2025 03:29:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16345

"Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16345 vom 06.04.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18795 des WI vom 28.09.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/18950 vom 09.11.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

06.04.2017 Drucksache 17/16345

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- über das Landesamt für Statistik eine jährliche Erfassung der genutzten und nicht genutzten Gewerbeflächen erstellen zu lassen;
- an sämtlichen Landkreisen und kreisfreien Städten ein Gewerbeflächenkataster einzuführen, das auch Auskunft über Flächenrecycling- und Nachverdichtungspotenziale gibt;
- die Landratsämter und kreisfreien Gemeinden zu ersuchen, bei der Neuausweisung von Gewerbegebieten grundsätzlich eine Bedarfsprüfung der Gemeinden für dieses Gewerbegebiet zu verlangen;
- auf die Kommunen einzuwirken, in kommunaler Hand befindliche Gewerbegebiete, die nach zehn Jahren immer noch nicht genutzt werden, wieder in landwirtschaftliche Flächen oder andere Freiflächen umzuwidmen.

Begründung:

In Bayern werden täglich 13,1 Hektar (2015) landwirtschaftlicher Fläche, Landschaft und Natur in Verkehrs- und Siedlungsfläche umgewandelt. Dieser Wert ist seit 2014 um 21 Prozent gestiegen. Der Trend zu mehr Flächenverbrauch wird sich angesichts der geplanten Lockerung des Anbindegebots im Landesentwicklungsprogramm Bayern verstetigen. Viele bayerische Kommunen leisten sich einen ruinösen Wettbewerb bei der Ausweisung von Gewerbeflächen, der vielfach nicht die gewünschten Gewerbesteuern einbringt. Die Fläche der ausgewiesenen Gewerbeflächen in Bayern liegt deutlich über dem Bedarf. Durch ein Kataster sollen Gewerbeflächen erfasst werden, um somit einen Überblick auch über freie Flächen zu erreichen. Neuausweisungen von Gewerbeflächen dürfen nur bei nachgewiesenem Bedarf erfolgen, um den Druck auf die landwirtschaftlichen Flächen zu verringern.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.09.2017 **Drucksache** 17/18795

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/16345

Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Martin Stümpfig
Mitberichterstatter: Walter Nussel

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 28. September 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.11.2017 Drucksache 17/18950

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/16345, 17/18795

Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen,dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" … und zur Aufhebung der Verordnung … Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik … Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Ε ς	hec	-	ıtor	٠.

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ("Rechtsakt zur Cybersicherheit"), COM (2017) 477 final,

BR-Drs. 680/17

Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Α

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Antisemitismus entschieden bekämpfen! Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

3.	Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus Drs. 17/16970, 17/18674 (A)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
4.	Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern Drs. 17/17487, 17/18679 (E) Votum des federführenden Ausschusses für					
	Kommunale Fragen, Ir		ροπ FREIE WÄHLER	GRÜ		
	CSU	SPD	_	_		
				Z		
5.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Antisemitismus entschlossen entgegentreten Drs. 17/17525, 17/18681 (A)					
	Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A	Z		Z		
6.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ ENTH					

Anlage 1
zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

7.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		
8.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)				
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
9.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A		
10.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pfle Drs. 17/17593, 17/18695 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

Anlage 1 zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

11.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Packungsbeilage für Arzneimittel in "Leichter Sprache" Drs. 17/17595, 17/18696 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
12.	2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tram-Nordtangente in München verwirklichen Drs. 17/17816, 17/18797 (A)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		ENTH		
13.	Antrag der Abgeordne Joachim Unterländer u Stärkung der Betreuur Drs. 17/17860, 17/187	ı.a. CSU ngsvereine	Barbara Stamm,		
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
14.	Antrag der Abgeordne Weiterentwicklung des Gymnasium Würzburg Drs. 17/17862, 17/188	Studienzweigs Musik im Sinne der Begabte	am Matthias-Grünewa	ıld-	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
 Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden! Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z